Stellungnahme zum Bericht der Arbeitsgruppe
„Berufliche Schulen zu Kompetenzzentren“

BLBS
Landesverband Berlin

Bundesverband der
Lehrerinnen und Lehrer
an beruflichen Schulen
Landesverband Berlin e.V.

Berlin, 10.06.2013

Der Landesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (**BLBS**) begrüßt das Konzept der Bildungsverwaltung zur Reformierung der beruflichen Schulen, um somit die Vernetzung der Oberstufenzentren und ihrer Partner qualitativ weiter vor ran zutreiben und jungen Erwachsenen die Möglichkeit auf erfolgreichen Abschluss einer Ausbildung einzuräumen. Eine Weiterentwicklung der Oberstufenzentren in Kompetenzzentren (Komzet) ist eine Chance die gestiegenen Herausforderungen bezüglich eines lebenslangen Lernens zu meistern.

Nun stellt sich die Frage, welchen positiven Effekt das geplante Landesinstitut (LIBS) für diese Weiterentwicklung der Berliner Oberstufenzentren haben soll. Dieses ist dem vorgestellten Konzept nicht klar zu entnehmen.
Der Lehrerausschuss berufliche Schulen (LABS) sowie der Beirat für berufliche Schulen hatten bereits im Vorfeld Kritik am Konzept geäußert, die allerdings überhört wurde.

Der BLBS spricht sich deshalb zunächst gegen die Einrichtung eines LIBS aus.

Die dem Konzept zugrundeliegende Ideen eines Komzets und die dafür eventuell notwendigen Veränderungen der Verwaltungsstruktur sollten allerdings weiterverfolgt und konkretisiert werden.
Die zukünftige Beteiligung aller Akteure im Bereich der beruflichen Bildung (Interessenverbände der Lehrkräfte, Kammern, Innungen) ist in diesem Prozess unabdingbar!

Für Schulen, die Ihr Angebot im Sinne eines Komzets erweitern und neue Wege im Bereich der Unterrichtsformen und Schulstruktur gehen wollen, ist das bestehende, verwaltungstechnische Korsett zu eng und die Verwaltung reagiert oft zu unflexibel. Sie fordern seit Jahren mehr Autonomie ein. Aber ist dies auch gleichzeitig eine Voraussetzung für mehr Bildungserfolg?

Die Frage nach der Struktur der Personalvertretung, die durch die Errichtung eines LIBS grundlegend verändert werden müsste, wurde im vorgestellten Konzept nicht erörtert. Den Schulleitern würden wesentlich höhere Entscheidungsbefugnisse zugestanden, eine weitere Kontrolle durch demokratisch legitimierte Gremien ist nicht vorgesehen.

Manetstraße 67 | 13053 Berlin | Telefon 030 4081 - 6650 | Telefax 030 4081 - 6651 | www.blbs-lv-berlin.de.de | margit.jopp@blbs-lv-berlin.de

Die Schulaufsicht sollte bestehen bleiben. Sie müsste aber ihre Rolle erweitern. Vor allem in Hinblick auf die Einrichtung von Standards in einem einheitlich einzurichtenden System des Qualitätsmanagements. Die Idee, jede Schule solle ihr eigenes QM-System einrichten verringert die Vergleichbarkeit und erschwert die stringente Einführung unter Mithilfe der Schulaufsicht. Die Ergebnisse der Schulinspektion werden an keiner Stelle erwähnt, obwohl sich hier Hinweise auf konkrete Missstände und deren Abschaffung finden ließen.

Der Punkt, dass sich die OSZ dem Fort- und Weiterbildungsmarkt öffnen werden, hatte schon im Vorfeld heftige Gegenreaktionen der privatwirtschaftlichen Ausbildungsträger provoziert. Die Kammern und Innungen fürchten die Konkurrenz der beruflichen Schulen, wenn es um Weiterbildungsangebote, überbetriebliche Unterweisungen während der Ausbildung und Fortbildungs-Angebote für die Betriebe geht.
Der Vorschlag, die OSZs sollten die Möglichkeit erhalten, sich in diesen Markt einzubringen, da sie die bestehenden Projekte eventuell sogar in besserer Qualität anbieten könnten, ist verlockend.
Die Umsetzung der zunächst einleuchtenden Idee, von dritter Seite finanziell geförderte Projekte an die Schule zu holen, wird aber dann auf Schwierigkeiten treffen, wenn die Schulen versuchen werden, vergleichbare Angebote mit einem vergleichbaren finanziellen Aufwand zu schaffen. Die Personalkosten der Ausbildungsprojekte wären wesentlich höher, wollte man diese mit ausgebildeten Pädagogen und der entsprechenden Entlohnung im Rahmen der Schule durchführen.
Die Kammern werden auch bei einem Angebot zur Kooperation in der Weiterbildung seitens der Schule sehr zurückhaltend reagieren, da sie befürchten müssen, einen lukrativen und mit hohen Investitionen verbundenen Markt zu verlieren.
Die verlockende Idee der Erweiterung des Aufgabenbereichs der OSZs scheint an praktische Grenzen zu stoßen, die offensichtlich noch nicht ausreichend bedacht wurden.

Das zu Diskussion vorliegende Konzept ist somit ein erster guter Ansatz, muss aber in seiner Weiterentwicklung zu deutlich qualitativen Konkretisierungen in entscheidenden Bereichen des beruflichen Schulwesens in Berlin unter Einbeziehung aller Akteure führen.

Margit Jopp
Landesvorsitzende
margit.jopp@blbs-lv-berlin.de

Tobias Pamp
stellvertretender Landesvorsitzende
tobias.pamp@blbs-lv-berlin.de